

Stellungnahme der Deutsch-Jordanischen Gesellschaft zur Lage im Nahen Osten

Mit dem Entwurf eines Friedensplans für Gaza liegt für viele Beobachter eine große Chance für eine Ende der Gewalt in Gaza vor.

Vor allem auch die Unterstützung durch arabische Staaten, darunter auch Jordanien, zeigt für viele eine positive Perspektive auf.

Es ist jedoch nicht sicher, dass dieser Friedensplan vollumfänglich in Kraft tritt. Selbst wenn er in Kraft tritt, ist aus Erfahrung der Vergangenheit nicht sicher, dass er auch eingehalten wird.

Angesichts der Situation im Nahen Osten haben unterschiedliche Gruppen und Organisationen Stellung bezogen.

Bemerkenswert erscheint uns ganz aktuell das Expertenpapier „Jenseits der Staatsraison“ zu sein

Die Deutsch-Jordanische Gesellschaft nimmt wie schon zweimal zuvor seit Beginn des Krieges in Gaza zur aktuellen Situation besonders aus dem Blickwinkel der deutsch-jordanischen Beziehungen Stellung:

Jordanien nimmt in der Beurteilung der Lage im Nahen Osten eine wichtige Position ein:

- Jordanien tritt vehement für eine Zwei-Staaten-Lösung ein, die einen unabhängigen palästinensischen Staat auf der Grundlage der Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt vorsieht. Diese Position wird von der jordanischen Regierung als grundlegend für die Stabilität der Region und als "rote Linie" betrachtet.
- Der jordanische König ist der offizielle Hüter der muslimischen und christlichen heiligen Stätten in Jerusalem, insbesondere der Al-Aqsa-Moschee. Dies verleiht Jordanien eine besondere Rolle und Verantwortung in der Region und ist ein zentraler Bestandteil seiner Außenpolitik.
- Ablehnung von Vertreibungen: Jordanien lehnt jede Form der Vertreibung von Palästinensern aus dem Gazastreifen oder dem Westjordanland ab. Die jordanische Regierung betrachtet einen massiven Exodus von Palästinensern nach Jordanien als eine existentielle Bedrohung für die eigene Stabilität und als Versuch, den Nahostkonflikt auf Kosten Jordaniens zu lösen.
- Humanitäre Hilfe: Jordanien spielt eine aktive Rolle bei der Bereitstellung von humanitärer Hilfe für den Gazastreifen. Das Land hat Hilfslieferungen koordiniert, auch in Abstimmung mit Israel, und beteiligt sich an Luftabwürfen, um die notleidende Zivilbevölkerung zu versorgen.
- Die jordanische Regierung befindet sich in einer schwierigen Lage: Einerseits muss sie die Beziehungen zu ihren westlichen Verbündeten (insbesondere den USA) und zu Israel aufrechterhalten, andererseits muss sie auf die starke pro-palästinensische Stimmung in der eigenen Bevölkerung Rücksicht nehmen. Viele Jordanier sind selbst palästinensischer Abstammung und identifizieren sich stark mit dem Leid der Palästinenser.

- Jordanien hat das Vorgehen Israels in Gaza und im Westjordanland wiederholt scharf kritisiert, insbesondere in Bezug auf die humanitäre Lage, die zivilen Opfer und die Ausweitung von Siedlungen im Westjordanland. Die jordanische Regierung hat die israelische Militäroperation als unverhältnismäßig und als Verstoß gegen das Völkerrecht bezeichnet.

Die sich weiter dramatisch verschlechternd habende Situation in Gaza, die Ausweitungen von Siedlungsplänen im Westjordanland sowie zunehmende Übergriffe von Siedlern dort, die unter anderem vom israelischen Minister Smotrich unterstützt werden, sind in Jordanien und auch vielen westlichen Ländern auf Ablehnung gestoßen.

Insbesondere die vom israelischen Premierminister Netanjahu und seinen rechtsradikalen Koalitionspartnern geäußerten Ambitionen in Richtung eines „Groß-Israel“ sind auf massiven Widerstand seitens König Abdullah II und Außenminister Safadi gestoßen.

Nach dem wohl völkerrechtswidrigen Angriff in Katar und aktuell dem Beginn einer Bodenoffensive gegen Gaza-Stadt verstärkt sich die Wahrnehmung von Reaktionen anderer Länder in Jordanien.

Im Gegensatz zu anderen europäischen Staaten verhält sich die deutsche Regierung nach wie vor sehr zurückhaltend in Bezug auf Reaktionen gegenüber der israelischen Regierung. Zwar wurden Waffenexporte nach Israel eingeschränkt, jedoch nicht vollständig eingestellt. Bestrebungen zu Sanktionen gegenüber Israel in der EU wurden nicht unterstützt. Die deutsche Regierung will im Unterschied zu den allermeisten europäischen Regierungen Palästina als Staat derzeit nicht anerkennen. Deutschland erkennt eine Vielzahl von völkerrechtlichen und kriegsrechtlichen Institutionen an. Diese Anerkennung basiert auf der Verfassung, dem Grundgesetz, das die Geltung des allgemeinen Völkerrechts festschreibt, sowie auf der Ratifikation zahlreicher internationaler Verträge.

Deutschland ist Mitglied der Vereinten Nationen (UN) und erkennt deren Hauptorgane sowie die dazugehörigen Institutionen an. Deutschland anerkennt verschiedenste internationale und europäische Gerichtshöfe.

Mehrere internationale Institutionen haben festgestellt, dass Hamas und Israel in Gaza Kriegsverbrechen begehen. Die Siedlungen im Westjordanland sind eindeutig völkerrechtswidrig. Die Einschätzung, dass Israel in Gaza einen Genozid plant bzw. begeht, nimmt international immer größeren Raum ein.

Neben der Feststellung, dass die Lage in Gaza und auch in der Westbank immer katastrophaler wird und dies allein ein Grund zum Handeln ist, sieht die DJG durch das weitere zögerliche Vorgehen der deutschen Regierung auch in erheblichem Maße die deutsch-jordanischen Beziehungen als stark gefährdet an.

Diese Beziehungen haben über Jahrzehnte positive Auswirkungen auf beide Länder gehabt und waren für beide Länder ein wichtiger Stabilitätsanker.

Die DJG fordert:

- Zielorientierte Verhandlungen zum Zweck der Freilassung aller Geiseln.
- Einen sofortigen Stopp der Kriegshandlungen in Gaza.

- Die sofortige Zulassung humanitärer Hilfe durch internationale Organisationen, damit ein weiteres Sterben in Gaza verhindert wird.
- Das Ende weiterer völkerrechtswidriger Siedlungen im Westjordanland.
- Das Ende von gewalttätigen unbegründeten Übergriffen von Siedlern im Westjordanland und deren Unterstützung durch Armee und Regierungsteile.
- Das Ende von gerichtlich nicht angeordneten Verhaftungen im Westjordanland.
- Die Unterstützung von Sanktionen anderer europäischer Staaten durch die Bundesregierung und eine weitgehende Einschränkung weiterer Waffenlieferungen.
- Die umgehende Anerkennung eines palästinensischen Staates durch die Bundesregierung – analog zur Position mehrerer europäischer und internationaler Partner wie Großbritannien, Kanada und Australien,
- Die vorbehaltlose Ausführung von Anordnungen internationaler Gerichte.

Deutschland hat aus der Geschichte der Shoa eine besondere Verantwortung gegenüber jüdischen Menschen auf der ganzen Welt. Diese umfasst nicht das Akzeptieren völker- und kriegsrechtlicher Vergehen von israelischen Regierungen.

4. Oktober 2025

Das Präsidium der Deutsch-Jordanischen Gesellschaft e.V.

Präsident	Dr. Jochen Pleines
1. Vizepräsidentin	Birgit Tesic-Kurth
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied	Andreas Stechbart
Schatzmeister	Joseph Renetzeder
Vizepräsident	Nico Arnold
Vizepräsident	Musa Al Munaizel
Vizepräsidentin	Yasmin Shabani
Vizepräsident	Tobias Spielmannleitner

Vorsitzender des Kuratoriums	Prof. em. Dr. Anton Mangstl
Ehrenpräsident	Helmut Henseler